„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. G. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Praktische und positive Arbeit

Wenn auch die allgemeine Wirtschaftskrise dumpf und drückend auf allen Gemütern lastet, so scheint doch die Liebe zur deutschen Sache in Canada dadurch nicht erstickt worden zu sein. Das gerade Gegenteil hat sich in den letzten Wochen gezeigt. Man denke nur an die glänzenden Deutschen Tage in Regina und Edmonton, an die großen deutschen Feiern in Vancouver und Saskatoon zu Ehren des deutschen Konsuls Herrn Dr. H. Seelheim, wozu am 15. und 16. August noch der Deutsche Tag für Manitoba kommt. Insgesamt darf man wohl mehr als 10,000 Deutschsprechende und Deutschtümmige als Teilnehmer an den großen und kleinen Veranstaltungen annehmen. Trotz der ernsten Notlage der Gegenwart ist die deutsch-canadische Bewegung nicht zum Stillstand gekommen, sondern vielmehr daran, immer weiter und immer tiefer zu greifen. Besonders auf das Tiefergreifen sollten wir den Nachdruck legen. Eine deutschcanadische Bewegung, die nur an Aeußerlichkeiten haften bleiben oder vielleicht gar nur als Deckmantel für die Verquickung von Deutschtum und Geschäft dienen würde, wäre von vornherein zum Mißlingen verurteilt.

Ein deutscher Freund in Vancouver, B.C., schrieb dem „Courier":

„Es wird ja überall viel zu viel Vereinsmeierei anstatt positiver Arbeit getrieben. Umso erfreulicher waren die (auf dem Deutschen Tage) in Regina angenommenen Resolutionen."

Auf die positive Arbeit kommt es ausschlaggebend an, nicht auf die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes, nicht auf die Verfolgung geschäftlicher oder parteipolitischer Interessen. Für die positive Arbeit aber eröffnet sich vor den geistigen Augen ein ungeheuer großes Betätigungsgebiet. Angefangen von der Frage des deutschen Unterrichtes für unsere Kinder bis zur Interessierung der geistig führenden Kreise des Landes für die hohen und unvergänglichen deutschen Kulturwerte erblicken wir Aufgaben, die in der Vor- und Nachkriegszeit noch nicht einmal angerührt worden sind.

Wenn die Deutschen Tage keine Strohfeuer sein sollen, die schnell zu Asche verglimmen, dann muß aus ihnen das Verständnis und der Wille zu praktischer und positiver Arbeit hervorgehen. Jeder Deutschsprechende findet in seinem engeren oder weiteren Kreise genügend Gelegenheiten, sein Deutschtum praktisch zu betätigen. Es sei nur an den deutschen Unterricht für unsere Kinder, an die Verbreitung des guten deutschen Buches, an die Verteidigung der deutschen Sache gegen ungerechtfertigte Angriffe usw. erinnert. Aufgaben wohin wir unsere Augen wenden, Aufgaben, die auf ihre Lösung und Bearbeitung warten. Wer will praktisch und positiv mitarbeiten?

Deutsche Auswanderung von 1919 bis 1930

860,000 sind seit Kriegsende in den Jahren 1919 bis 1930 aus Deutschland ausgewandert, wie aus der soeben erschienenen Ausgabe des Reichsarbeitsblattes hervorgeht. Nach der überseeischen Auswanderungsstatistik sind in diesem Zeitraum insgesamt 579,247 Deutsche nach Uebersee ausgewandert. Zu dieser Zahl kommt die Abwanderung von Deutschen über die trockenen Landesgrenzen, die auf mindestens 280,000 beziffert wird, so daß einschließlich der Frauen und Kinder rund 860,000 Deutsche ihre Heimat verlassen haben.

Vor dem Kriege betrug der Jahresdurchschnitt 25,624 deutsche Auswanderer. Mit dem Ausbruch des Krieges hörte selbstverständlich die Auswanderung zunächst auf. Im Jahre 1917 dagegen wanderten neun Deutsche über holländische Häfen aus, während das Jahr 1918 wieder eine völlige Auswanderungslücke aufzuweisen hat. Die Auswanderung setzte im Jahre 1919 wieder ein und zwar haben in diesem Jahre 3223 Deutsche ihr Vaterland über fremde Häfen verlassen. Die Auswanderung stieg dann in den folgenden Jahren rasch an und erreichte im Jahre 1922 die Zahl von 36,527 Auswanderern, von denen nur noch ein ganz verschwindend geringer Teil von 640 Personen fremde Häfen als Ausgangspunkt der Auswanderung benutzten.

Im Inflationsjahr 1923 ging die Auswanderungsziffer sprunghaft in die Höhe und erreichte mit 115,416 Personen nahezu die Rekord-Auswanderungsziffer vor dem Kriege im Jahre 1892 mit 116,339 Auswanderern. Nach der Inflationszeit war der Auswanderungsdrang zunächst durch die Befestigung der Währung und durch die Geldknappheit stark eingedämmt. Von 1923 auf 1924 ging die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten infolgedessen von 22,808 auf 22,475 Personen zurück. Ein Anwachsen der Auswanderungslust macht sich seit 1926 wieder bemerkbar, mit dem Zeitpunkt, an dem sich in Deutschland eine größere Arbeitslosigkeit fühlbar zu machen begann. Der Drang, die Heimat zu verlassen, wurde allerdings durch die Geldknappheit etwas gehemmt und durch die Beschränkung der Einwanderungsziffer durch die Vereinigten Staaten. Die volle Auswirkung der Einwanderungssperre der Vereinigten Staaten wird sich allerdings erst in diesem Jahre geltend machen. War der Monatsdurchschnitt im Jahre 1930 noch über 3000 Auswanderer, so betrug er in den ersten drei Monaten des Jahres 1931 noch nicht einmal 1000.

Von den Auswanderern stammten nahezu die Hälfte aus Preußen. Innerhalb Preußen steht die Provinz Brandenburg mit Berlin an erster Stelle. Dann kommt die Rheinprovinz und an dritter Stelle die Provinz Hannover. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gerechnet war allerdings die Auswanderung aus Schleswig-Holstein am stärksten. Dann folgt die Grenzmark Posen-Westpreußen. Unter den übrigen deutschen Ländern hebt Württemberg mit seiner Auswanderungsziffer weitaus an erster Stelle. Dann folgen Baden und Sachsen. Bei Württemberg weist die hohe Auswanderungsziffer auf den Mangel an Lebensraum, namentlich für die bäuerliche Bevölkerung auf dem flachen Lande hin. Aehnliches gilt für Baden und zum Teil auch für den Freistaat Sachsen, wo noch die große Arbeitslosigkeit in der Industrie hinzutritt. Bei Berlin, dem Rheinland und Westfalen ist die jeweilige Arbeitsmarktlage als Hauptursache der Auswanderung anzusehen. In den übrigen Gebieten ist es vor allem Mangel an Geld für Neusiedlungen, Unrentabilität in der Landwirtschaft und unzulängliche Landarbeiterverhältnisse, die als Ursache der Auswanderungsbewegung angesehen werden müssen.

Die größere Hälfte aller Auswanderer nach Uebersee ging nach Nordamerika und zwar in der Hauptsache nach den Vereinigten Staaten. In zweiter Linie war Südamerika das Ziel, Mittelamerika nahm nur insgesamt 4599 Personen auf. Nach Afrika wanderten 10,514, nach Asien 444 und nach Australien schließlich 640 Personen aus.

Bemerkenswert ist die erhebliche Zunahme der Frauenauswanderung. Dreiviertel aller weiblichen Auswanderer waren berufstätig. Die stärkste Gruppe der Auswanderer stellten Bergbau und Industrie. Nur einmal, im Jahre 1924, ist die Zahl der Auswanderer landwirtschaftlicher Berufsgehörigkeit an die Spitze gerückt. Seither steht die Gruppe wiederum an zweiter Stelle unter der Berufsangehörigkeit.

Der Weg in die Zukunft

„Mit finanztechnischen Hilfsmaßnahmen ist das große Problem der Wiederaufrichtung Deutschlands und der Weltwirtschaft allein nicht zu lösen. Und was London gebracht hat, sind nichts anderes als Hilfsmaßnahmen, ist für uns nur eine erste und dürftige Hilfe, die uns höchstens über die Not der nächsten drei Monate hinweghilft," schreiben die Leipziger Neueste Nachrichten. „Die Grundlagen für die von den angelsächsischen Staatsmännern erstrebte großzügige Aktion sind also noch nicht geschaffen. Wertvoller, wichtiger für uns, für alle Völker dieses Kontinents wäre die Reinigung der politischen Atmosphäre. Sie hätte aus einer Aussprache aller maßgebenden Staatsmänner der Erde entstehen können. Gestärkt ist lediglich eine Auffassung, die einen Fortschritt wirtschaftlicher Erkenntnis bedeutet. Man hat begriffen, daß wenn ein Land im Uebermaß Arbeit, Sklavenarbeit für einen Kontinent leistet, dadurch nicht allein dieses Volk zerrüttet wird, sondern mit ihm die Gemeinschaft der wirtschaftenden Völker der Erde.

„Für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen zu Frankreich muß Deutschland politisch gekräftigt werden. An eine politische Kräftigung Deutschlands ist aber nicht zu denken, solange es auf kurzfristige Kredite angewiesen ist. Frankreich hat noch niemals an einen Staat Anleihen nach kaufmännischen Gesichtspunkten gegeben, sondern ausschließlich nach politischen Grundsätzen. Deshalb wird die Frage die sein, ob es möglich sein wird, Frankreich für längere Zeit fest an das Stillhaltekonsortium zu binden. Wir müssen immer darauf gefaßt sein, daß Frankreich in einem Anfalle übler politischer Laune das Spiel mit der Zurückziehung der kurzfristigen Kredite, mit einem Angriff auf unsere Finanzen, von neuem beginnt. Es bleibt Wahrheit, daß die Weltwirtschaft erst dann wiederhergestellt werden kann, wenn ein imponderabler Wert wieder gewonnen wird, nämlich der des Vertrauens. Dieses Vertrauen kann aber nur wiederkehren, wenn die Welt im wahren Frieden lebt, wenn Frankreich darauf verzichtet, uns dauernd den Lauf der Pistole auf die Brust zu halten. Denn der bisherige Zustand war für uns nicht Frieden, sondern eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das Haßpapier des Versailler Diktats hat den Geist der Völker vergiftet."

Am Schlusse ihres Artikels erklärt die genannte Zeitung:

„Leider ist der Weg der Vernunft und der Weg der Wahrheit lang, sehr, sehr lang. Für unser Volk, und damit für die Gestaltung unserer Zukunft, sind entscheidend die Kräfte, die wir in uns fühlen. Noch sind wir ein Volk, das in sich nicht Müdigkeit, sondern Leben und Zukunft fühlt. Vor uns liegt ein steiniger und mühevoller Weg, vor uns liegt ein Vierteljahr verlängerter Rediskontkredit, liegt das Jahr der Hooversundung. Vieles, was die nächste Zeit bringt, wird nicht leicht zu tragen sein. Doch stärkt uns die Gewißheit, daß auch in uns Kräfte leben, nach deren ewigen und ehernen Gesetzen sich des Daseins Kreise vollenden. Der deutsche Staat ist und bleibt die Lebensform des deutschen Volkes, zu dem wir durch Schicksal und Liebe gehören. Ihn nicht mit neuen politischen Bindungen zu belasten, ist unsere Pflicht auch unseren Kindern gegenüber, denen wir die nationale Freiheit, die moralische und materielle Gleichberechtigung Deutschlands sichern wollen."

Weltumschau

Bankmaßnahmen der Reichsregierung. Die umfassenden Maßnahmen der deutschen Reichsregierung zur Behebung der Finanzkrise in Deutschland haben feste Gestalt angenommen, und Einzelheiten der Aktion beginnen nunmehr öffentlich bekannt zu werden. Es wurde angekündigt, daß die Darmstädter und Nationalbank, die kürzlich ihre Tore schließen mußte, unter Mitwirkung der Regierung und der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wieder auf normale Basis gebracht werden wird. Jacob Goldschmidt, der Leiter und Hauptaktionär der „Danat", hat sich erboten, Aktien im Nennwert von 35 Millionen Mark einem Syndikat der Schwerindustrie für bar zu bezahlende 45,000,000 Mark zu überlassen, welches Geld der Danat-Bank das nötige Betriebskapital liefern soll. Die Aktien der Bank waren immer weit über pari notiert. Außerdem bleibt die Garantie der Reichsregierung für alte und neue Einzahlungen bei der Bank bestehen und ist inzwischen noch auf ihren Depositenbestände und die Garantieverpflichtungen ausgedehnt worden. Sobald wie möglich soll das Kapital der Bank erhöht werden. Die Prüfung der Bücher der Bank hat nämlich ergeben, daß die notwendig gewordenen Abschreibungen durch die Reserven vollauf gedeckt sind.

Weiter wurde bekannt, daß die Regierung sich auch an der Dresdener Bank beteiligen wird, um einem Sturm auf dieses Institut vorzubeugen. Die sächsische Regierung hat inzwischen eine Notverordnung erlassen, durch die die Verschmelzung der Sächsischen Staatsbank mit der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt sanktioniert wird und die Staatsbank Vollmacht erhält, ähnliche Abmachungen auch mit anderen Banken zu treffen.

Dem allgemeinen Publikum wird klar gemacht, daß die Reichsregierung und wahrscheinlich auch die Landesregierungen bald hinter allen bedeutenden Finanzinstituten stehen werden, sodaß ein Sturm auf die Kassen der Banken gleichzeitig ein Ansturm auf die Finanzen des Reiches sein würde.

Kommunistische Unruhen am 1. August. Die Berliner Polizei hat die kommunist. Zeitung „Rote Fahne" und zwei mit ihr verbundene Publikationen suspendiert, weil die Blätter Artikel aufreizenden Inhalts veröffentlicht hatten. Gelegentlich in Halle a. S. stattgefundener kommunistischer Kundgebungen erhielt ein Polizist Stichwunden, und siebzehn weitere Personen trugen Verletzungen davon. Es wurden 15 Verhaftungen vorgenommen.

Wie eine Warschauer Meldung an das Wolff-Bureau besagt, sind bei blutigen Zusammenstößen, die sich gelegentlich von „Antikriegstag"-Demonstrationen am 1. August in verschiedenen Teilen Polens ereigneten, drei Personen getötet und neunzig verletzt worden. In Warschau feuerte die Polizei auf eine mehrere hundert Köpfe zählende Menschenmenge, tötete einen Demonstranten und verwundete einen derselben. Zahlreiche Krawalle ereigneten sich im Dombrowa-Kohlenbergwerkdistrikt, und in Schulno wurde die Polizei von zweitausend Arbeitern mit Steinen bombardiert. Vier Polizeibeamte und fünf Demonstranten wurden durch Kugeln verwundet. In Dendzin und Ostrowiecz zwei wurde je ein Kommunist getötet.

Wie aus Bukarest angelangte Nachrichten besagen, sind in Rumänien bei Unterdrückung kommunistischer Kundgebungen am „Antikriegstage" nicht weniger als 1500 Führer der „Roten" in Haft genommen worden. Aus Sofia, Bulgarien, wird gemeldet, daß Kommunisten in verschiedenen Städten den Versuch machten, Arbeiter zum Streik zu veranlassen, daß die Polizei aber sämtliche zu diesem Zwecke einberufene Versammlungen sprengte.

Auch in Budapest wurde trotz kommunistischer Wühlereien die Ordnung aufrecht erhalten, und in mehreren Industriestädten der Tschechoslowakei unterdrückte die Polizei kleinere Demonstrationen.

In Bruck, Oesterreich, mußten die Sturmtrupps der Gendarmerie alarmiert werden, und die Sicherheitsmannschaften gingen mit Bajonetten und Gummiknüppeln gegen die Kommunisten vor.

Russische Geistesarbeiter gleichberechtigt. Den russischen Ingenieuren und Technikern, die bis vor kurzem noch zu den Stiefkindern der sozialen Ordnung im Sowjet-Lande gehörten, ist vom Obersten Wirtschaftsrat und den Volkskommissaren Rußlands endlich die Gleichberechtigung mit der sozialen Oberschicht Rußlands, der Arbeiterklasse, zugestanden worden, in Erfüllung des jüngst von dem Diktator Joseph Stalin ausgesprochenen Wunsches, daß er auch die Intellektuellen „in eifrige Staatsdiener" umgewandelt sehen möchte.

Die Familien der Ingenieure und Techniker werden künftig ebenso gute Nahrungsmitteln kaufen können und so gute Wohnungen erhalten wie die Arbeiterfamilien, ihre Kinder werden die Staatsschulen besuchen dürfen, und die Grenze, bei welcher die auf 3½ Prozent angesetzte hohe Besteuerung ihrer Gehälter beginnt, ist von 100 Rubel im Monat auf 500 Rubel hinaufgesetzt worden. Ferner sollen sie künftig an allen Arten von Arbeiterverfügungen mitbeteiligt sein, und es ist angeordnet, daß Ingenieuren oder Technikern, die von einem Ort nach einem anderen versetzt werden, nicht mehr die Gehaltsbezüge beschnitten werden dürfen.

Die russischen Staatsdomänen, auf denen Landwirtschaft betrieben wird, nicht zu verwechseln mit den Kollektiv-Landwirtschaften, begreifen jetzt ein Gebiet ein, das größer ist, wie der ganze für Landwirtschaft verwendete Boden Frankreichs und Deutschlands zusammengenommen. Die 4230 Staatsdomänen Rußlands werden im Gegensatz zu den Kollektiven nicht von den an ihrem Besitz beteiligten Bauern, sondern von Staatsbeamten bewirtschaftet. Sie wiesen während des Vorjahres etwa 163,750,000 Acker bestellbaren oder bestellten Landes auf. Sechs Monate vorher waren auf den Staatsgütern Rußlands nur 100,000,000 Acker Land zur Bestellung verwendbar; man sieht, daß der Fünfjahrplan eine Erweiterung der Urbarmachung von russischen Staatsländereien veranlaßt. Tatsächlich bestellt sind vorläufig erst 22,500,000 Acker.

Die Zahl der Kollektiven ist binnen Jahresfrist von 82,276 auf 215,000 angewachsen. Das bestellte Gesamtareal Rußlands war in diesem Frühjahr auf 243,000,000 Acker Landes angewachsen. Auf dem unbestellten Areal findet man große Viehweiden. Das Bestreben des Sowjetstaates geht dahin, schließlich das ganze russische Ackerland zu verstaatlichen.

Sowjets reißen größte Kirche nieder. Der Abbruch der Erlöser-Kathedrale in Moskau, einer der größten und imposantesten Kirchen Rußlands, ist in Angriff genommen worden, um Platz für den Bau eines großen Auditoriums zu schaffen, das „Palast der Sowjets" heißen soll. Der letzte Gottesdienst fand am 1. August in der Kirche statt, worauf sofort mit dem Abbruch begonnen wurde. Fast über Nacht erhob sich ein 20 Fuß hoher Zaun um den ganzen Park, in dessen Mitte die Kathedrale stand, und jetzt kann niemand die Arbeiten aus der Nähe beobachten. Von der Straße kann man indessen die Leute an der Arbeit sehen. Einer der ersten Teile, mit dessen Abbruch begonnen wurde, war die große Mittelkuppel, die zwischen vier kleineren liegt. Wie es hieß, wurden für die Vergoldung dieser Kuppel 70 Pfund Gold verwendet und darauf scheint man Rücksicht genommen zu haben, nach der Sorgfalt zu urteilen, mit der ein Teil der Bedeckung der Kuppel entfernt wurde. Der untere Teil der Kuppel ist nunmehr nur noch nacktes Stahlgerippe, aber der obere Teil glitzert noch in der strahlenden Sonne.

Nördlich von der Kathedrale im Umkreis von mehreren Häusergevierten und östlich bis zum Ufer der Moskowa, ein Stadtteil, in dem sich viele alte Wohnhäuser und eine kleine rote Kirche befinden, die vermutlich die älteste in Moskau ist, sind ebenfalls alle Gebäude zum Abbruch bestimmt. Auf diese Weise stehen mehrere Acker für den Bau einer neuen Versammlungshalle zur Verfügung, wo alle großen Kongresse der sowjetistischen Organisationen abgehalten werden sollen. Die Pläne sind noch nicht abgeschlossen, aber, wie angenommen wird, soll der Bau im Spätherbst beginnen.

Wieder Indien-Konferenz in London. Gemäß einer amtlichen Bekanntgabe in London werden mit der Wiederaufnahme der hiesigen „Tafelrunde"-Konferenzen" im ganzen 108 Delegaten über die Zukunft Indiens beraten. Die meisten der Namen der Konferenzteilnehmer sind von den früheren Beratungen her noch bekannt. Unter den neuen Namen ragt derjenige des bekannten Inderführers Mahatma Gandhi besonders hervor, doch steht es bisher noch nicht mit Sicherheit fest, ob Gandhi tatsächlich auch den Konferenzen beiwohnen wird. Neben Gandhi bliebe dann noch dessen gleichfalls in der indischen Nationalbewegung eine große Rolle spielender Landsmann Pandit Madan Mohan Malaviya zu erwähnen. Gleichwie in den früheren Konferenzen werden auch bei den künftigen Beratungen sämtliche drei britischen politischen Parteien vertreten sein. Alle britischen Repräsentanten sind entweder Mitglieder des Oberhauses oder des Unterhauses.

Eine der Delegatenliste beigegebene Erklärung besagt, das Datum der Konferenz-Eröffnung werde sich nach dem Verlauf der Verhandlungen des Bundes-Aufbau-Ausschusses und des Minoritäten-Unterausschusses richten, die vorher zusammentreten.

Indische Delegaten, welche keinem der genannten Ausschüsse angehören, sind ersucht worden, ihre Arrangements derart zu treffen, daß sie Ende Oktober in London eintreffen können.

Für Autonomie Kataloniens. Die maßgebenden Beamten der Provinz Katalonien gedenken dem Madrider Parlament so schnell wie irgend möglich eine Vorlage zu unterbreiten, kraft deren Katalonien Autonomie verliehen werden soll. Gelegentlich einer Volksabstimmung, an der sich 600,000 Personen beteiligten — eine Zahl, wie sie bisher selbst bei wichtigsten Anlässen in Katalonien nicht zu konstatieren gewesen ist — entschieden sich zum mindesten volle neunzig Prozent für die Unabhängigkeit der Provinz.

In politischen Kreisen huldigt man der Annahme, daß die katalonische Frage im spanischen Parlament zum Gegenstand einer Debatte gemacht werden wird. Die Regierungsbehörden wollten sich nicht darüber äußern, welche Haltung sie im Falle einer Ablehnung des Antrages einzunehmen gedenken.

Politische Beobachter sagten voraus, daß sich gegen eine Autonomie Kataloniens energische Opposition geltend machen werde, wenn die Vorlage der Nationalversammlung unterbreitet wird. Sonderlich dürften sich die Republikaner und Sozialisten gegen den Vorschlag auflehnen. Kraft des San Sebastian-Paktes verpflichtete sich die nationale Regierung lediglich dazu, den katalonischen Antrag der Nationalversammlung zu unterbreiten, garantierte aber in keiner Weise eine Annahme desselben.

Von vielen Seiten wird angenommen, daß ein Kompromiß zustande kommen mag — und zwar dergestalt, daß man Katalonien die nachgesuchte Autonomie auf eine Versuchsperiode zugestehen wird.

Francesco Macia, der provisorische Präsident Kataloniens, sagte in einer gelegentlich der Bekanntgabe der Abstimmung gehaltenen Ansprache: „Katalonien ist jetzt zweifellos frei. Die anderen Provinzen werden sehr bald erkennen, daß Katalonien im Kampf um die Freiheit auf ihrer Seite zu finden ist, falls sie eine derartige Unterstützung wünschen.

Kataloniens Status ist seit dem Sturz der Monarchie stets zweifelhaft gewesen. Die eine Partei versteifte sich auf absolute Unabhängigkeit, während die andere dafür eintrat, daß Katalonien innerhalb der Republik einen souveränen Staat darstellen sollte.

Sowjetleute in Argentinien verhaftet. Die Polizei in Buenos Aires (Argentinien) überfiel die Geschäftsstelle der Sowjet-Handelsorganisation „Amtorg" und verhaftete alle Angestellten, insgesamt 160 Personen, unter diesen 15 Frauen. Geschäftsführer der Sowjet-Agentur ist Boris Kraewsky. In vier großen Lastwagen wurden die Arrestanten nach der Polizeistation gebracht. Die Amtorg-Geschäftsstelle unter Leitung von Alexander Minkin befand sich in zwei Stockwerken eines großen Büro-Gebäudes an der Alvenida Mayo. Die Massenverhaftung erregte starkes Aufsehen und führte zu einer großen Volksansammlung auf der Straße; eine Zeit lang war der ganze Verkehr gehemmt.

Der Ueberfall auf die Sowjet-Agentur wurde von dem Unterpräfekten Dr. David Uriburu geleitet. Gleichzeitig wurden Polizeiabteilungen auf Motorwagen abgesandt, um in anderen Stadtteilen Haussuchungen nach Verdächtigen vorzunehmen. Diese Maßnahmen erfolgten, nachdem Meldungen von revolutionären Verschwörungen der Kommunisten eingetroffen waren.

Rückgang der Großhandels-Preise. Aus einer von der statistischen Untersuchungsabteilung des amerikanischen Handelsdepartements veröffentlichten Studie über die Entwicklung der Großhandelspreise im Ausland geht hervor, daß im allgemeinen die Preise für sämtliche Waren auf den Stand des Jahres 1913 oder darunter gesunken sind. In Italien, Chile, Dänemark und Belgien waren die Lebensmittelpreise niedriger als 1913, in Deutschland, Oesterreich, Großbritannien, der Tschechoslowakei, Frankreich und Norwegen höher. Die Preise für Industrieprodukte sind in Großbritannien, Frankreich und Italien unter denen des Jahres 1913, in Deutschland, der Tschechoslowakei und Canada jedoch höher.

In dem Bericht ist erwähnt, daß die größten Preisrückgänge seit der Deflationsperiode der Jahre 1920—21 im Jahre 1929 begonnen haben. Die ganze Welt wurde von den Preisrückgängen erfaßt, die eine Zerrüttung der Kaufkraft und eine Unsicherheit auf dem Anleihemarkt mit sich brachten. Nur wenige Waren blieben von der scharfen Abwärtsbewegung verschont; in vierzehn Ländern bewegten sich die Preisstürze seit 1929 zwischen 18 und 33 Prozent. Infolge der Verschiedenheit der Methoden, die zur Feststellung der Durchschnittspreise angewandt werden, sind jedoch bei einem Vergleich der Preisschwankungen in den verschiedenen Ländern Fehlerquellen in Erwägung zu ziehen.

„Wir leben in einem Narrenparadies"

Die amerikanische Zeitschrift „The Nation" druckt in ihrer jüngsten Ausgabe einen Brief des amerikanischen Senators Borah an einen Freund ab, worin er sich über die europäische Lage ausspricht. Es heißt darin:

„Ich bin mit den Ansichten, die Sie bei der Besprechung der Lage in Europa entwickeln, vollkommen einverstanden. Ich bin der Meinung, daß drei, vielleicht auch vier Vorschläge für eine Gesundung Europas vorhanden sind: eine Revision des Versailler Vertrags, eine Neuregelung der Reparationen, die Anerkennung Rußlands seitens der Ver. Staaten und drastische Abrüstung. Ich gebe gerne zu, daß drei derselben schwierige Probleme sind. Sie sind aber durchaus nicht so unmöglich, als eine Gesundung Europas ohne ihre Lösung. Nach den Bestimmungen der Friedensverträge kann Europa nimmer genesen, ebenso wenig wie Deutschland die Tribute zahlen kann, die man ihm auferlegt hat. Eine Abrüstung in Europa ist auch nicht eher möglich, bis das russische Problem gelöst ist. Wir leben in einem Narrenparadies, wenn wir von Abrüstung und besseren Zeiten sprechen. Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages treiben wir unaufhaltsam dem Abgrunde zu."

Es freut uns bemerkt dazu die „Nation", daß der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, so klar erkennt, daß es keinen Frieden in Europa geben kann, bis der Vertrag von Versailles gemäß den Forderungen von Wahrheit, Humanität und Gerechtigkeit revidiert ist. Wir bedauern nur, daß der Senator in die Liste der Forderungen, die erfüllt werden müssen, wenn Europa gesunden soll, nicht die Abschaffung der Zollbarrikaden einschließt.

Rußland interessiert an Zeppelinbau

Durch geglückte Polarfahrt ist allgemeines Interesse am Luftschiffstransport neu belebt worden

Berlin. — Der Polarflug des „Graf Zeppelin" hat das allgemeine Interesse an dem Luftschiffstransport neu belebt. Berichte, daß Sowjet-Rußland zwei deutsche Luftschiffe bestellt habe, wurden jedoch von Kapitän Ernst Lehmann von den Zeppelin-Werken in Abrede gestellt.

Obgleich russische Fachleute die Anlagen der Luftschiffbau-Werke in Friedrichshafen häufig besucht haben, sind bislang keine Aufträge erteilt worden. Kapitän Lehmann sagte, daß noch verschiedene andere Länder, darunter Japan und Holland, ein wachsendes Interesse an Zeppelin-Luftschiffen bekunden.

Die Werke in Friedrichshafen sind gegenwärtig mit dem Bau eines neuen Luftschiffes beschäftigt, das den „Graf Zeppelin" für Distanzflüge ersetzen soll.

Der „Graf Zeppelin" wird am 18. August nach England fliegen und nach seiner Rückkehr eine zehntägige Fahrt nach Südamerika antreten.

Rußlands Interesse an einem Zeppelin betrifft ein Schiff von 50,000 bis 60,000 Kubikmeter Inhalt. Dieses würde beträchtlich kleiner als der „Graf Zeppelin" sein, der 105,000 Kubikmeter umfaßt. Die Russen würden ein solches Luftschiff hauptsächlich für Frachtbeförderung und zur Ausbildung von Luftschiffmannschaften verwenden.

Der Erfolg der Zeppelin-Polarfahrt.

Berlin. — Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist auf seinem kürzlichen Polarflug über viele noch unentdeckte Gletscher, Gebirgszüge, und andere geographische Punkte geflogen. Der wissenschaftliche Leiter der Fahrt, Prof. Rodolphe Samoilowitsch der dies bekannt gab, sagte, daß es nicht genug Namen gäbe, um alle diese Punkte zu benennen. Nachdem seine ihm durch Kontrakt mit einer deutschen Zeitung auferlegte Schweigepflichtzeit beendet war, drückte er seine Genugtuung über die erzielten Ergebnisse aus. Er stellte besonders fest, daß der „Graf" nicht nach dem Nordpol geflogen sei.

Der „Graf" habe zwar, wie Samoilowitsch weiter ausführte, das für alle arktischen Expeditionen notwendige Glück gehabt, doch glaube er andererseits, daß ein lenkbares Luftschiff für derartige Zwecke allen anderen Transportmitteln als weit überlegen vorzuziehen sei. Die einzige Ausstellung, welche der Gelehrte zu machen hatte, war, daß der „Graf" zu schnell gefahren sei. Er habe von einem Fenster zum anderen eilen müssen, um seine Beobachtungen anzustellen, sagte Samoilowitsch — und wann immer er die schriftliche Niederlegung seiner Entdeckungen jeweilig beendet gehabt habe, sei das Luftschiff von dem zuletzt beobachteten Punkte schon wieder zwanzig Meilen entfernt gewesen.

Die deutsche Presse ist das stärkste Rückgrat des Deutschtums in Canada. Darum sollte sie vor allem gefördert und unter Einsetzung aller Kräfte erhalten werden.

Schweres Erdbeben auf Sizilien

Aci Reale, Sizilien. — Die Einwohnerschaft in der Zone des Aetna-Berges waren von einer Panik ergriffen, als ein starkes Erdbeben bemerkt wurde und der alte Vulkan wieder in Tätigkeit trat. Asche wurde in weitem Umkreis von dem Vulkan ausgestreut und die in der Nähe wohnenden Personen mußten die Flucht ergreifen. Häuser brachen zusammen, und etwa 100 wurden vollkommen zerstört. Der Aetna ist etwa 10,700 Fuß hoch. Etwa 80 Ausbrüche sind bereits vorgekommen, unter welchen verschiedene waren, die tausende von Menschenleben kosteten. Der Ausbruch im Jahre 1693 vernichtete etwa 60,000 Menschenleben.

Junger Neger in Alabama gelyncht

Haynesville, Ala. — Ein 16 Jahre alter Neger, der beschuldigt war, einen Angriff auf ein 11jähriges weißes Mädchen versucht zu haben, wurde von einer Anzahl Bürger in Sandy Ridge, nahe hier, gelyncht. Die Leiche weist, nach Angabe des Sheriffs, 32 Schußwunden auf.